

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 173 (2007)

Heft: 6

Artikel: Künftige Sicherheitspolitik in Europa und die Rolle der Schweiz

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71056>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Künftige Sicherheitspolitik in Europa und die Rolle der Schweiz

(12. internationale Informationstagung vom 24./25. April 2007 im KKL Luzern) EUROPA FORUM LUZERN

Am 24./25. April 2007 nahmen nahezu 1000 Besucher an der 12. internationalen Informationstagung des Europa Forum Luzern teil. Im Mittelpunkt standen die europäische Sicherheitspolitik und die Rolle der Schweiz.

Rund vierzig Spitzenpolitiker und Fachleute aus ganz Europa gaben dem Anlass Gehalt und der Information Gewicht. Im Zentrum standen die Standortbestimmung von Bundesrat Schmid und des deutschen Verteidigungsministers und EU-Ratsvorsitzenden Jung. Ergänzend äusserten sich die frühere estnische Aussenministerin Ojuland, Österreichs Vizekanzler a.D. und heutiger Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, Busek, sowie der Vorsitzende der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, Teltshik. KKdt Christophe Keckeis erläuterte die Aufträge und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Schweizer Armee; Regierungspräsidentin Karin Keller-Sutter (SG) informierte aus Sicht der Kantone über die Rollenverteilung zwischen Polizei und Armee im Rahmen der inneren Sicherheit. Podiumsdiskussionen vertieften die Ausführungen, die auf einem hohen internationalen Niveau standen.

Europäische Sicherheitspolitik

Das heutige Bedrohungsbild wird von allen Experten ähnlich beurteilt. Ein klassischer militärischer Angriff sei derzeit zwar unwahrscheinlich. Die Lage sei aber deswegen nicht sicherer geworden, Terroranschläge und andere Gefahren drohten. Die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln sei nicht gestoppt. Mobilität, Informationstechnologie und die Weiterverbreitung von Trägersystemen machten die Welt kleiner, schneller erreichbar und verletzlicher. Russland, der Nahe Osten, Nordafrika seien Nachbarn Europas. Der Mittlere Osten und Zentralasien (-stan-Staaten) befänden sich näher, als man gemeinhin denkt. Die Bedrohung sei zum Teil entstaatlicht, komplex, diffus, schwer berechenbar und «grenzenlos». Bedroht seien öffentliche Einrichtungen, bedeutende Infrastrukturanlagen sowie die zivile Bevölkerung, bilanzierten die Fachleute.

Einig war man sich an der Konferenz auch über grundsätzliche Gegenmassnahmen. Notwendig sei, so der Expertentenor, der Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln sowohl im Inland wie auch bei friedensfördernden Operationen im Ausland. Ohne Sicherheitskräfte gäbe es keine Aufbauhilfe; ohne Aufbau gäbe es keine Sicherheit und Stabilität. Horst Teltshik forderte hier zu Recht eine «vernetzte Sicherheit» auf der Basis von globalen Institutionen sowie regionalen und nationalen Verantwortungen. Denken in herkömmlichen Begriffen, welches innere und äussere Sicherheit, Ziviles und Militärisches trenne, sei überholt. Innenpolitik sei auch Aussenpolitik; Aussenpolitik sei auch Innenpolitik. Beides sei heute Sicherheitspolitik, so einer der zentralen Schlussfolgerungen der Konferenzteilnehmer.



Interessierte Gäste.

Foto: Europa Forum Luzern

Differenziert wurde an der Tagung das Verhältnis zu Russland beurteilt. Bundesverteidigungsminister Jung warb um Verständnis für die Ansiedlung von Raketen nahe der russischen Grenze zur Abwehr iranischer Raketen. Teltshik sah es anders: «Raketen wehren nicht nur ab. Von den gleichen Basen können auch Angriffe gestartet werden.» Seiner Ansicht nach vernachlässige der Westen Russland bei der Problembewältigung der Sicherheitszusammenarbeit. Es müsse neben der Sorge um den europäischen und transatlantischen Zusammenhalt auch die Vorstellung, die sich Russland von seiner eigenen Bedrohungslage mache, mitberücksichtigt werden. Ein erfolgreicher Dialog mit Russland für nachhaltige Stabilität und Sicherheit erfordere die Bereitschaft zum Ausgleich gleichwertiger, gegenseitiger Interessen auf der Grundlage gemeinsamer Werte.

Seitenblick auf die Energieversorgung

Zwei Stunden der Tagung waren der Energieversorgung (Erdöl, Erdgas, Elektrizität) gewidmet. Fachleute meinten dazu: «Die Vorräte reichen noch für Generationen, sofern in die Förderung investiert wird. Ohne internationale Kooperation und Koordination und ohne funktionierende Notfallkonzepte ist die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet. Jüngste Pannen haben dies gezeigt.»

Armeeentwicklung und innere Sicherheit

KKdt Keckeis beurteilte die Bedrohungslage als Armeechef der Schweiz. Die Wahrscheinlichkeit künftiger Gefahren sei wichtiger als deren Gefährlichkeit. Die Schweizer Armee müsse daher in der Lage sein, mit Katastrophenhilfe- und subsidiären Sicherheitseinsätzen zivile Kräfte rasch und nachhaltig unterstützen zu können; sie müsse zudem Raumsicherung gewährleisten und einen nachhaltigen Beitrag zur Konfliktverhütung oder -eindämmung vor Ort leisten können. Schliesslich habe sie die Verteidigungskompetenz und eine minimale materielle Bereitschaft

zu erhalten. Dazu benötige sie angemessene finanzielle Mittel. Ideal wäre laut Keckeis ein vierjähriger Finanzrahmen.

Die St. Galler Regierungspräsidentin Keller-Sutter vertrat die Rolle der Kantone. Das föderalistische Polizeisystem sei grundsätzlich beizubehalten. Es allein garantiere Bürgernähe. Die kantonalen Polizeibestände würden erhöht. Dies genüge für den Alltag. Für den Schutz von internationalen Konferenzen oder Veranstaltungen reiche dies jedoch nicht aus. Da benötige man die Unterstützung durch die Armee.

Kantone und Bund sind sicherheitspolitische Partner. Die Zusammenarbeit ist rechtlich geregelt. Abgrenzungsfragen Polizei/Armee wurden im Rahmen der Plattform KKJPD /VBS bereinigt. Die Plattform wird institutionalisiert. Neu gehört auch das EJPD dazu. Mit Blick auf die Botschaftsbewachung ab 2008 und die EURO 08 ist dies wichtig. Rechtliche und verbindliche konzeptionelle Grundlagen sind notwendig. Dies aber genügt nicht. Wichtig ist, dass die Zusammenarbeit periodisch geübt wird.

Auf politischer Ebene war man sich über Armeeaufgaben, -einsätze und -strukturen nach wie vor nicht einig. Immerhin: Gemäss Bundesrat Schmid sei die sicherheits- und verteidigungspolitische Streitkultur besser als auch schon. Bezogen auf den Entwicklungsschritt 08/11 war er vorsichtig optimistisch. Es zeichne sich ein Kompromiss ab.

Europa Forum Luzern als hochrangige internationale Plattform

Das Europa Forum hat einmal mehr den hohen Stellenwert seiner internationalen Plattform bestätigt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Europathemen nicht ausschliesslich mit den rein bilateralen Fragen verbunden sind. Am Beispiel der Sicherheitspolitik kam zum Ausdruck, dass die Schweiz sich mit analogen Problemen wie das ganze Europa befassen muss und sie bei der Problembewältigung mitarbeiten und sich mit dem Ausland austauschen muss. ■